



NIEDERSCHRIFT

über die 31. Sitzung des Stadtrates
der Stadt Landau in der Pfalz
am Dienstag, 17.10.2017,
im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:15



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Michael Schreiner

SPD

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Prof. Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Florian Maier

Michael Scheid

Heinz Schmitt

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller



Aydin Tas

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

bis 18.30 Uhr TOP 10 ö.S.

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

Parteilos

Bertram Marquardt

Georg Schmalz

AfD

Jürgen Sauer



FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Horst Pede

(Rechnungsprüfungsamt)

Jan Marco Scherer

(Sozialamt)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Sandra Diehl

(Leiterin Pressestelle)

Dorothea Müller

(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Nicht entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Andrea Heß



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
3. 2. Nachtragshaushaltssatzung 2017 mit Nachtragshaushaltsplan und Nachtragsstellenplan sowie 1. Nachtragshaushaltplan 2017 der Bürgerstiftung
Vorlage: 240/070/2017
- 3.1. Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2017
Vorlage: 820/220/2017
- 3.2. 2. Nachtragshaushalt 2017 - Veröffentlichung und Einwohnerbeteiligung
Vorlage: 240/073/2017
4. Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 060/041/2017
5. Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 060/042/2017
6. Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 060/043/2017
7. Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH; Jahresabschluss 2016
Vorlage: 810/008/2017
8. Freizeitbad LA OLA: Anpassung Tarifstruktur
Vorlage: 810/009/2017
9. Jahresabschluss 2016 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb
Vorlage: 820/221/2017
10. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Schaffung von E-Bike-Ladestationen
Vorlage: 101/384/2017
11. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Aufstellung von weiteren Müllbehältern in den Reiterwiesen
Vorlage: 101/386/2017



12. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erstellung einer Konzeption zur sozialgerechten Vergabe von Sozialwohnungen
Vorlage: 101/387/2017
13. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Abholung des Sperrmülls durch den Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb
Vorlage: 101/388/2017
14. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Willkommenskulturförderung
Vorlage: 101/389/2017
15. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Ursula Zoller
Vorlage: 100/231/2017
16. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Annel Jung
Vorlage: 100/232/2017
17. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Georg Rothöhler
Vorlage: 100/233/2017
18. Zustimmung zur Forsteinrichtung (Betriebsplan) des Stadtwaldes ab 1. Oktober 2017
Vorlage: 230/307/2017
19. Widmung eines Service-Gebäudes und einer Überdachung in das Vermögen des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau (GML)
Vorlage: 240/072/2017
20. Errichtung einer neuen Fachrichtung Biologie und Umwelttechnologie für die Fachoberschule an der Konrad-Adenauer Realschule plus
Vorlage: 400/081/2017
21. Aufhebung von Beschlüssen zur Fortschreibung „Windenergie“ des Flächennutzungsplans 2010 und 1984 vom 11.12.2012
Vorlage: 610/469/2017
22. Energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung in Landau in der Pfalz; Lieferung, Montage und Demontage von Leuchtkörpern
Vorlage: 680/152/2017
23. Neubaumaßnahme Kita Süd, Kostenentwicklung
Vorlage: 820/222/2017
24. Beteiligung EWL an einer kommunalen Klärschlamm AöR
Vorlage: 860/349/2017
25. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner sprach die Internetpräsenz der Stadt Landau unter Rubrik "Wirtschaft und Bildung" an. Dort spreche man von einem „Konzern Stadt Landau“. Die Stadt sei doch wohl mehr als ein Konzern. Ist das Denken der Verwaltung bereits so weit ökonomisiert, dass man Bürger als Mitarbeiter ansehe? Die Verwendung des Terminus „Konzern“ sei hanebüchen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man den Hinweis aufnehme. Es gebe unterschiedliche Blickwinkel aus der die Stadt Landau zu sehen sei. Das eine sei die politische Kommune, es gebe die Gesellschaft, die gemeinderechtlichen Aspekte und auch unternehmensrechtliche Aspekte. Die Stadt sei eben auch Rechtspersönlichkeit, die Beteiligungen halte. Insofern sei mit dem Begriff „Konzern“ die wirtschaftliche Aktivität gemeint. Dies sei durchaus ein gängiger Begriff und habe an dieser Stelle nichts mit den Bürgerinnen und Bürgern zu tun.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Der Vorsitzende belehrte das Ratsmitglied Klaus Eisold über seine Rechte und Pflichten als Ratsmitglied. Er wies besonders auf die Treuepflicht und die Schweigepflicht hin. Herr Eisold ist Nachrücker für Herrn Günter Scharhag, der sein Mandat zum 31. August 2017 niedergelegt hat.

Der Vorsitzende verpflichtete das Ratsmitglied Klaus Eisold gemäß § 30 der Gemeindeordnung per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Rechte und Pflichten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

2. Nachtragshaushaltssatzung 2017 mit Nachtragshaushaltsplan und Nachtragsstellenplan sowie 1. Nachtragshaushaltplan 2017 der Bürgerstiftung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 7. September 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er hielt zunächst seine Haushaltsrede.

Der vorliegende Nachtragshaushalt sei eine relativ unspektakuläre Nachsteuerung, wenn man davon absehe, dass die Einnahmeverbesserung von 4,7 Millionen Euro lediglich zu einer Haushaltsverbesserung von weniger als 1 Million Euro führe. Die Stadt entwickle sich, es „brumme“ in Landau. Man habe sprudelnde Steuereinnahmen und das „Jahr der Spatenstiche“. Vieles werde bewegt, ohne dass es in der allgemeinen Haushaltslage Entwarnung geben könne. Trotz sehr günstiger Rahmenbedingungen habe man weiterhin eine extrem schwierige Situation. Man freue sich über die um 4,7 Millionen Euro steigenden Erträge. Allerdings steige in gleichem Maße eben auch der Aufwand um 3,8 Millionen Euro, so dass man am Ende nur eine Haushaltsverbesserung von rund 950.000 Euro habe. In Landau sei man in einer vergleichsweise guten Situation. Gründe für das strukturelle Defizit seien die chronische Unterfinanzierung des Sozial- und Jugendetats. Man werde vom Land an einem goldenen Zügel geführt. In diesem Haushalt habe man eine neue Rekordhöhe für den Bereich Jugend und Soziales mit 72,1 Millionen Euro, wovon man 41 Millionen Euro selbst finanzieren müsse. Wenn man dies in Relation zur Gewerbesteuererinnahme von rund 24 Millionen Euro setze, zeige sich, dass uns die Soziallastquote erdrücke. Solange dies so sei, werde man es nicht schaffen den Haushalt auszugleichen. Von daher rede man bei den kommunalen Spitzenverbänden bereits über einen zweiten Entschuldungsfonds für die Kommunen. Dies könne aber nur einhergehen, mit einer grundsätzlichen Neuordnung der kommunalen Finanzströme.

Schwierig sei es auch mit dem Haushaltsvollzug. Für beschlossene Maßnahmen versuche man schnellstmöglich, Bewilligungsbescheide zu bekommen. Denen laufe man aber teils lange hinterher, die Sporthalle West sei ein Beispiel hierfür. Für dieses Jahr müsse man daher deutlich weniger Kredite aufnehmen als ursprünglich geplant. Auf der einen Seite sei dies erfreulich, andererseits bedeute dies eine Bugwelle an unerledigten Maßnahmen die man vor sich herschiebe. Bei der ersten Sichtung für den Haushalt 2018 würde dies eine Kreditaufnahme von 15 Millionen Euro bedeuten. Von Seiten der Aufsichtsbehörde sei man aufgefordert, im Jahr 2018 eine Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes vorzulegen. Deshalb wolle man heute im Vorgriff auf den Haushalt 2018 bereits eine leichte Erhöhung der Grundsteuer B um 10 Punkte auf 450 v.H. beschließen. Dies halte man für vertretbar. Er danke den Mitarbeitern der Verwaltung, die in Aufstellung und Vollzug des Haushaltes viel leisten würden. Man habe große Dinge angestoßen, es bewege sich viel. Er bitte um Zustimmung zu diesem vorgelegten Nachtragshaushalt.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass ein Nachtragshaushalt keinen Platz für Grundsatzdiskussionen biete, da es hier nur um Anpassungen zum Ursprungshaushalt gehe. Aus Sicht der CDU-Stadtratsfraktion wolle er drei wesentliche Dinge benennen. Zum einen den reduzierten Kreditbedarf mit 40 % weniger Kredit. Dies sei aber nicht durch Einsparungen bedingt, sondern durch Verzögerungen wegen fehlender Zuschussbescheide des Landes. Sehr erfreulich sei die Steuereinnahmen, auch durch steigende Gewerbesteuererinnahmen. Dies sei wesentlich bedingt durch eine erfolgreiche Gewerbeansiedlungspolitik. Der dritte Aspekt sei der permanent ausufernde Sozialetat. Es sei das Dilemma Landaus, aber auch aller rheinland-pfälzischen Städte, dass die Gewerbesteuererinnahmen den Sozialetat längst nicht mehr



abdecken. In dieser Situation mache sich das Land ein Stück weit einen schlanken Fuß. Beispielsweise sei der pauschale Zuschuss im Bereich der Schulsozialarbeiter seit 13 Jahren nicht erhöht worden. Im Bereich der Kindertagesstätten verblieben Kostensteigerungen im Personalbereich allein an den Kommunen hängen. Im Ergebnis sei es daher zwingend erforderlich, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für die kreisfreien Städte verbessert werden. Unter der „Knute“ der Aufsichtsbehörde sei man gezwungen, die Grundsteuer B zu erhöhen um nicht Gefahr zu laufen, keine Haushaltsgenehmigung zu bekommen. In diesem Gesamtkontext sei die Situation Landaus beachtlich positiv. Hierfür gelte es Dank zu sagen an die Verwaltung mit ihren über 500 Mitarbeitern, an den Stadtvorstand und letztlich auch an den Stadtrat. Landau tue gut daran, die Politik der ausgewogenen Balance fortzusetzen. Es gehe darum, zu erneuern und zu bewahren. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

Ratsmitglied Vogler sah in dem Nachtragshaushalt einen Mix aus Mehrerträgen und Mehrausgaben. Landau habe sich insgesamt positiv entwickelt. Trotzdem stecke man in einem sehr engen Korsett. Dieses Korsett habe sich mit der Zeit und dem Fortschritt gewandelt. Richtig sei, dass die Pflichtaufgaben und die damit verbundenen Ausgaben kontinuierlich ansteigen. Leider seien diese Pflichtaufgaben nicht immer ordentlich finanziert. Wichtig sei aber, dass man unter diesem Korsett als Stadt auch noch Luft zum Atmen habe. Es sei kritisch, dass die Schere zwischen Ertrag und Aufwand nicht zu schließen sei. Nur dann aber könnte es zu mehr Handlungsfreiheit und Gestaltungsmöglichkeiten kommen. Den Zuwachs im Nachtragsstellenplan halte sie für vertretbar, um die vielen laufenden Projekte gut und solide durch qualifiziertes Personal bearbeiten zu können. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

Ratsmitglied Hartmann teilte mit, dass man viele Dinge nachvollziehen und zustimmen könne. Die grundsätzliche Problematik dieses Haushaltes sei die fehlende Klärung des Themas „Sozialer Wohnungsbau“. Es gebe auch keine nennenswerten Investitionen in den Radverkehr. Daher werde die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen. Der Ärger über die fehlenden Zuschussbescheide des Landes sei nachvollziehbar. Allerdings habe man sich an der ein oder anderen Stelle wohl auch etwas übernommen. Hier sollte man langfristiger planen.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass man bei näherer Betrachtung des Haushaltes erkenne, dass man ein erhebliches Problem habe. Dabei profitiere man noch von den günstigen Rahmenbedingungen. Er wolle sich gar nicht ausmalen, was passiere wenn die Zinsen wieder steigen. Dann werde man ein echtes Problem haben. Das Problem liege bei Land und Bund, die immer irgendwelche glückseligmachenden Gesetze in die Welt setzen ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen. Ein Beispiel sei das leidige Thema Lernmittelfreiheit, in die man von städtischer Seite 300.000 Euro investieren müsse. Die Erhöhung der Grundsteuer B halte er für nicht gut. Es seien zwar nur 10 Punkte, aber es wird den Bürger dennoch ärgern. Für die Gesamtverschuldung würden diese 157.000 Euro nichts bringen. Ein weiterer Kritikpunkt sei die mittlerweile vorgeschriebene Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des Haushaltes. Er sehe dies als Gängelei der Verwaltung. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu. Er danke der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass der Sozialstaat lieb und teuer sei. Man müsse hierfür eine gewaltige Summe aufbringen. Dies sei aber gut angelegtes Geld. In diesem Nachtragshaushalt seien Fortschritte im sozialen Wohnungsbau wieder einmal nicht gelungen. Das große Manko dieses Haushaltes sei wieder einmal, dass Bauen nur für



wenige stattfinden. Daher werde die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion den Nachtragshaushalt ablehnen. Die Bürgerbeteiligung bei der Haushaltsaufstellung sollte man verbessern, aber nicht streichen wie dies die FWG fordere.

Der Vorsitzende erläuterte, dass der Zuwachs bei der Grundsteuer B im Haushalt 2017 der Siedlungspolitik entspreche. Mehr Spatenstiche wie in diesem Jahr könne man nicht machen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja- und 8 Nein-Stimmen:

A) den 2. Nachtragshaushalt 2017, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

1. im Ergebnishaushalt	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	136.688.024 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>147.986.760 €</u>
Jahresfehlbetrag	-11.298.736 €
2. im Finanzhaushalt	
die ordentlichen Einzahlungen auf	129.856.980 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>135.762.510 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein-und Auszahlungen	-5.905.530 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein-und Auszahlungen	0 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	8.120.538 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>12.718.319 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	-4.597.781 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	11.449.511 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>946.200 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	10.503.311 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	149.427.029 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>149.427.029 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0
3. Verpflichtungsermächtigungen	21.667.000 €
4. über den 2. Nachtragsstellenplan 2017	
5. die Verbindlichkeit der Finanzplanungsjahre 2018 – 2020	
6. den 1. Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung	
im Ergebnishaushalt	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	196.317 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>260.592 €</u>
Jahresfehlbetrag	-64.275 €



im Finanzhaushalt	
die ordentlichen Einzahlungen auf	188.274 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>206.274 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	-18.000 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	0 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	371.880 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>0 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	371.880 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 €
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	560.154 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>206.274 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr	353.880 €

B) die Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B mit Wirkung vom 01.01.2018 von 440 v.H. auf 450 v.H.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.1. (öffentlich)

Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2017

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 5. September 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 3 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

a) den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2017 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz und den nachfolgenden Zahlen:

Erfolgsplan:	
Erträge	13.722.000,00 EURO
Aufwendungen	15.344.270,00 EURO
Differenz	- 1.622.270,00 EURO

Vermögensplan:	
Einnahmen	9.176.770,00 EURO
Ausgaben	9.176.770,00 EURO

Der Gesamtbetrag der Kredite 2017 wird festgesetzt auf 1.323.000,00 EURO.

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) bleibt unverändert und wird festgesetzt auf 3.000.000,00 EURO.

b) Der im Rahmen der Finanzplanungsjahre 2018 bis 2020 vorgesehene Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf
Wirtschaftsjahr 2018: 8.010.000,00 EURO

Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen voraussichtlich Investitionskredite in folgender Höhe aufgenommen werden:
Wirtschaftsjahr 2018: 5.977.500,00 EURO

Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung für die Stadt Landau in der Pfalz.

c) Der Stadtrat nimmt die Stellenübersicht mit den Veränderungen zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.2. (öffentlich)

2. Nachtragshaushalt 2017 - Veröffentlichung und Einwohnerbeteiligung

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Kämmereiabteilung vom 11. Oktober 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 3 verwiesen.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2016

Oberbürgermeister Hirsch, Bürgermeister Dr. Ingenthron und Beigeordneter Klemm waren als Mitglieder des Vorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm das älteste anwesende Ratsmitglied, Herr Rudi Eichhorn.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 10. August 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Morio, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, berichtete über die Prüfung der Jahresergebnisse der Stiftungen. Es gebe keine besonderen Vorgänge und auch keine Beanstandungen. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfehle die Feststellung der jeweiligen Jahresergebnisse und die Entlastung der Vorstände.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) **die Feststellung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung für das Haushaltsjahr 2016 sowie**
- b) **die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2016**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2016

Oberbürgermeister Hirsch und Bürgermeister Dr. Ingenthron waren als Mitglieder des Vorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm das älteste anwesende Ratsmitglied, Herr Rudi Eichhorn.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 11. August 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung für das Haushaltsjahr 2016 sowie
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2016



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2016

Bürgermeister Dr. Ingenthron und Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck waren als Mitglieder des Vorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm das älteste anwesende Ratsmitglied, Herr Rudi Eichhorn.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 11. August 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung für das Haushaltsjahr 2016 sowie
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2016



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH; Jahresabschluss 2016

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 11. August 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er wies darauf hin, dass man zunächst über die Punkte 1 und 2 der Vorlage berate und entscheide. Erst danach rufe er Punkt 3 der Vorlage auf, da bei diesem Punkt dann er als Geschäftsführer der Stadtholding und alle Mitglieder des Aufsichtsrates befangen seien.

Bisher habe man durch die Dividende der Energie Südwest und durch die Zuzahlungsvereinbarung einen jeweils guten Jahresabschluss, der die Verlustbringer wie die Festhalle und die Bäder ausgleiche. Die Zuzahlungsvereinbarung laufe nun aus, da das Kapital vollständig eingezahlt sei. Jetzt müsse man die Struktur der Stadtholding neu justieren. Hierauf sei man vorbereitet, in dem das Unternehmen schuldenfrei sei und man 3 Millionen Euro an Gewinnvorträgen habe. Dies sei aber dennoch eine Herausforderung an die Zukunft allein schon wegen der Unsicherheiten auf dem Energiemarkt.

Ratsmitglied Prof. Dr. Kopf unterstrich, dass es gut klinge schuldenfrei zu sein und 3 Millionen Euro auf der hohen Kante zu haben. Die Stadtholding habe ein starkes Team das wirtschaftlich handle. Geprägt sei die Bilanz durch die Verlustbringer Schwimmbäder und Veranstaltungsstätten. Es sei dies zweifellos ein Erfolgsmodell. Allerdings müsse man die weitere Entwicklung kritisch betrachten. Im landesweiten Vergleich gebe es keine Bäder, die bei sozialverträglichen Preisen gewinnbringend seien. Insofern stehe das LaOla und auch Freibad gut da. Man habe ein schlagkräftiges Team und die Konstruktion stimme. Jetzt gehe es darum, die Risiken zu analysieren und Schlussfolgerungen zu treffen.

Ratsmitglied Volkhardt erklärte, dass man ein Defizit von 565.000 Euro habe. Allerdings werde der Gewinnvortrag von 2,8 Millionen Euro voraussichtlich im Jahr 2022 aufgebraucht sein. Allein das LaOla habe ein Defizit von 1,6 Millionen Euro eingefahren. Es werde wohl nicht mehr lange dauern, bis der städtische Haushalt einspringen müsse, um Verluste der Stadtholding auszugleichen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Gesellschafterversammlung der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH zu empfehlen,

- 1. den Jahresfehlbetrag in Höhe von -565.261,89 EUR mit dem Gewinnvortrag aus dem Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 3.365.076,63 EUR zu verrechnen.**
- 2. den Jahresabschluss 2016 der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit einer Bilanzsumme von 22.652.736,67 EUR und unter Verrechnung des Jahresfehlbetrages von -565.261,89 EUR mit einem Bilanzgewinn von 2.799.814,74 EUR festzustellen.**

Zu Punkt 3 des Beschlussvorschlages waren Herr Oberbürgermeister Hirsch als Geschäftsführer der Stadtholding sowie die Ratsmitglieder Prof Dr. Hannes Kopf, Peter Lerch, Jürgen Doll, Ralf Eggers, Lukas Hartmann, Prof. Peter Leiner, Bernhard Löffel, Aydin Tas, Hans Volkhardt und Jakob Wagner als Mitglieder des Aufsichtsrates gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung dieses Punktes des



Beschlussvorschlages nicht teil. Die Sitzungsleitung übernahm für diesen Punkt Herr Bürgermeister Dr. Ingenthron.

Der Vorsitzende erläuterte Punkt 3 des Beschlussvorschlages.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

3. den Geschäftsführern Herrn Thomas Hirsch und Herrn Martin Messemer sowie dem Aufsichtsrat der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Freizeitbad LA OLA: Anpassung Tarifstruktur

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 11. August 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Man empfehle eine leichte Erhöhung der Eintrittspreise, die man bei der Wasserwelt seit 2010 nicht mehr erhöht habe. Die Eintrittspreise für die Sauna seien für den Stadtrat nicht zustimmungspflichtig. Es sei eine sehr moderate und überschaubare Preiserhöhung vorgesehen, die ca. 80.000 Euro Mehreinnahmen ergeben könnten. Dies würde in etwa die Mehrkosten der höheren Personalkosten decken. Daran sehe man wie schwierig der Spagat zwischen sozialen Preisen und Wirtschaftlichkeit sei.

Ratsmitglied Prof. Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Auch nach der Erhöhung seien die Preise weiter gerecht und sozial. Die vorgeschlagene Erhöhung sei angemessen. Das Defizit beim LaOla sei schon immer recht hoch.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Anpassung der Tarifstruktur im Freizeitbad LA OLA zum 1. Januar 2018 in der vorgelegten Fassung zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Jahresabschluss 2016 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 6. September 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Der Jahresabschluss weist einen Gewinn von 620.000 Euro aus, was keine Selbstverständlichkeit sei. Dies sei einer strengen Kostendisziplin geschuldet und auch Ergebnis des Mieter-Vermieter-Modells, das man als eine der wenigen Kommunen in Rheinland-Pfalz eingeführt habe. Dadurch ließen sich die Kosten im städtischen Haushalt transparent darstellen.

Ratsmitglied Dr. Bals lobte die klare Trennung zwischen dem Wohnhausbesitz und den Gebäuden. Das Gebäudemanagement habe ein gutes und starkes Team. Er danke dem Team der GML und dem Werkleiter für die geleistete Arbeit. Die CDU-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Scheid wies auf das große Spektrum an Gebäuden hin, dass das GML zu verwalten habe. Die SPD-Stadtratsfraktion zolle der Werkleitung großen Respekt für ihre Arbeit. Man werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass der Gewinn im Wohnhausbesitz durch weniger Investitionen in die Sanierungen zustande gekommen sei. Hinsichtlich der zu gründenden Wohnungsbaugesellschaft appelliere sie an das Demokratieverständnis. Für den künftigen Aufsichtsrat seien wohl nur SPD, CDU und Grüne vorgesehen. Sie bitte, dies nochmal zu überdenken. Offensichtlich wolle man kritische Geister fernhalten, dies sei ein Demokratiedefizit.

Der Vorsitzende erwiderte, dass man in den Verhandlungen zur Wohnungsbaugesellschaft in der Tat auf der Zielgeraden sei. Die Erwartungshaltung der Sparkasse an ein Aufsichtsgremium sei ein möglichst effizienter Aufsichtsrat in möglichst kleiner Besetzung. Daher habe man sich auf einen 6er-Aufsichtsrat verständigt mit je 3 Sitzen für die Sparkasse und die Stadt. Die Verteilung der 3 Sitze der Stadt würden sich dann aus den kommunalrechtlichen Gegebenheiten ergeben. Man sei auf bestem Wege, wenn auch einige steuerliche Fragen durchaus noch zu KO-Kriterien werden könnten.

Ratsmitglied Hartmann wies darauf hin, dass der Aufsichtsrat mindestens 14 Personen haben müsste, bevor die kleinste Fraktion zum Zuge käme. Dies wäre wohl wenig effektiv.

Ratsmitglied Dr. Bals verwahrte sich gegen die Unterstellung, der Rat handle hier undemokratisch. Er könne den Kritikpunkt nachvollziehen, die Wortwahl sollte man aber überdenken.

Herr Götz unterstrich, dass entgegen der Behauptung von Frau Dr. Migl sehr wohl in den Wohnhausbesitz investiert worden sei. Man habe insgesamt 640.000 Euro an Unterhalt und Investitionen in den Wohnhausbesitz gesteckt. Dies seien 10 % der Bilanzsumme. Man sei immer noch am Aufarbeiten der Altlasten. Mit dem was man gemacht habe, müssten die Mieten eigentlich höher sein.



Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

1. Den Jahresabschluss des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb zum 31. Dezember 2016 mit einer Bilanzsumme von 127.632.958,72 EURO, konsolidiert aus dem Sparten-Jahresabschluss des Gebäudebestandes Landau mit einer Bilanzsumme von 117.991.693,67 EURO und des Wohnhausbesitzes mit einer Bilanzsumme von 10.066.465,21 EURO.
2. Den Jahresgewinn in Höhe von 620.071,23 EURO, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige
 - Gebäudebestand mit einem Jahresgewinn von 172.709,26 EURO
 - Wohnhausbesitz mit einem Jahresgewinn von 447.361,97 EUROZusammensetzt, in den einzelnen Sparten als Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorzutragen und zu buchen.
3. Den in der Anlage beigefügten und aus der Jahresrechnung 2016 abgeleiteten Beteiligungsbericht des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb.
4. Die Entlastung der Werkleitung zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Schaffung von E-Bike-Ladestationen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 28. August 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Es sei dies sicher kein weltbewegendes Thema, man sei aber von mehreren Touristen angesprochen worden, die Ladestationen für E-Bikes vermissen würden. Daher die Anregung, ob man vielleicht ein oder zwei Ladestationen schaffen könne im Zusammenhang mit der Schaffung der Ladestationen für E-Autos.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man von Seiten der Verwaltung den Prüfauftrag gerne entgegennehme. Man werde mit der Energie Südwest sprechen, in weit man dies mit den entstehenden 28 Ladestationen für E-Autos kombinieren könne.

Ratsmitglied Lichtenthäler unterstützte den Antrag. Es mache Sinn, darüber nachzudenken. Es sei dies sicher eine Sache für den Tourismus, die zweifellos Sinn mache. Darüber hinaus stehe aber auch das Thema Leitsystem und das schwierige Thema Radwegebeschilderung an.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass dies prinzipiell keine schlechte Idee sei.

Ratsmitglied Vogler begrüßte den Antrag ebenfalls. Der Schwerpunkt sei aber eher beim Tourismus zu sehen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wo an Stellen der Landauer Innenstadt die Möglichkeit zum Aufladen von E-Bikes geschaffen werden kann.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Aufstellung von weiteren Müllbehältern in den Reiterwiesen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20. September 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Vogler begründete den Antrag. Die Reiterwiesen seien häufig frequentiert, auch von Hundebesitzern. Es sei auffällig, dass dort Müllbehälter fehlen würden. Daher plädiere man für eine maßvolle Aufstockung von Müllbehältern.

Der Vorsitzende betonte, dass es diesbezüglich mehrere Anfragen und Wünsche aus den verschiedensten Gebieten der Stadt gebe. Man wolle dies gerne im Gesamtpaket machen und bei Gelegenheit über die Auswirkungen berichten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Aufstellung von weiteren Müllbehältern in den Reiterwiesen wird im Zuge des Gesamtpaketes der Verwaltung zur Verbesserung der Müllinfrastruktur umgesetzt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erstellung einer Konzeption zur sozialgerechten Vergabe von Sozialwohnungen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 26. Juli 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Vogler begründete den Antrag. Es sei dies ein Prüfauftrag zur Erstellung eines Konzeptes für die sozialgerechte Vergabe von Sozialwohnungen. Man wolle sozial benachteiligten Menschen günstigen Wohnraum anbieten. Sie bitte um Zustimmung zu diesem Prüfauftrag.

Der Vorsitzende schlug vor, über dieses Thema im Hauptausschuss zu reden und hierzu Frau Hüttmann und Vertreter der Sozialberatungsstellen einzuladen. Diese könnten dabei ihre Sicht der Dinge darlegen. Für die Stadt gehe es letztlich darum, ob man den Verkauf von städtischen Liegenschaften mit solchen Dingen zusätzlich belaste. Der Unterwert beim Verkauf sei immer der Bodenrichtwert. Letztlich habe der Antrag auch personelle und finanzielle Aspekte.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass das Verfahren für die Sozialberatungsstellen wohl nicht sehr transparent sei. Es wäre daher wichtig, im Hauptausschuss die bisherige Praxis darzulegen. Aus Sicht des Arbeitskreises gebe es wohl ein Vollzugsdefizit bzw. Transparenzdefizit.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es weder ein Vollzugsdefizit noch ein Transparenzdefizit gebe. Das ganze Verfahren basiere auf den gesetzlichen Regelungen. Die Vergabepaxis bei der Stadt sei sehr flexibel.

Ratsmitglied Hartmann hielt es für wichtig einen intensiven Diskurs in den Ausschüssen zu führen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Prüfauftrag zur Erstellung einer Konzeption zur sozialgerechten Vergabe von Sozialwohnungen wird in den Hauptausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Abholung des Sperrmülls durch den Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 27. September 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Die Anlieferung des Sperrmülls sei für ältere und beeinträchtigte Menschen beschwerlich. Deshalb sei die Anregung, es so zu machen, wie es im Landkreis Südliche Weinstraße geregelt sei und den Sperrmüll einmal im Jahr abholen zu lassen.

Der Vorsitzende betonte, dass es letztlich eine Sache des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs sei, der die Gebühren entsprechend kalkulieren müsse.

Ratsmitglied Schowalter erklärte, dass es private Unternehmen gebe, die die Abholung des Sperrmülls anbieten. Man hätte dies auch schon ins Konzept des neuen Wertstoffhofes einbauen sollen.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass man dieses Problem schon hätte früher anpacken sollen. Dennoch wäre es sicher für ältere Bürger eine Erleichterung.

Ratsmitglied Volkhardt stellte die Frage, warum man ein gut funktionierendes System ändern wolle. Es gebe bereits jetzt private Anbieter, die den Sperrmüll abholen. Die Begeisterung der FWG-Stadtratsfraktion für diesen Antrag halte sich in Grenzen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Prüfauftrag, ob und unter welchen Bedingungen der Sperrmüll der Einwohner Landaus künftig durch den EWL abgeholt werden kann, wird in den Verwaltungsrat EWL verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Willkommenskulturförderung

Der Vorsitzende erläuterte den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 9. Oktober 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Sehr viele deutsche Universitätsstädte würden den Erstsemestern ein Begrüßungsgeld anbieten. Es habe sich herausgestellt, dass ein Begrüßungsgeld die Erstwohnsitzanmeldung fördere. Diese vergleichsweise geringen Kosten würden durch Mehreinnahmen über die Schlüsselzuweisungen mehr als aufgewogen. Im Moment hätten aber Studierende in Landau keinen Druck sich umzumelden.

Der Vorsitzende erklärte, dass dieser Antrag haushaltsrelevant sei. Er schlage daher vor, diesen in die Haushaltsberatungen 2018 zu verweisen. Im Übrigen zahle keine Stadt in Rheinland-Pfalz ein Begrüßungsgeld.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion zur Förderung der Willkommenskultur wird in die Haushaltsberatungen 2018 verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Ursula Zoller

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 5. September 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht Frau Ursula Zoller in Anerkennung ihrer Verdienste im kulturellen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Annel Jung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 5. September 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht Frau Annel Jung in Anerkennung ihrer Verdienste im sozialen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Georg Rothöhler

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 5. September 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht Herrn Georg Rothöhler in Anerkennung seiner Verdienste im sozialen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Zustimmung zur Forsteinrichtung (Betriebsplan) des Stadtwaldes ab 1. Oktober 2017

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 22. Juni 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem vorliegenden Vorschlag zur Forsteinrichtung vom 3. Mai 2017 zuzustimmen. Die neue Forsteinrichtung tritt mit Wirkung ab dem 1. Oktober 2017 in Kraft.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Widmung eines Service-Gebäudes und einer Überdachung in das Vermögen des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau (GML)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 4. Oktober 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

a) die Übertragung des Service-Gebäudes auf dem Bahnhofsvorplatz mit dem Buchwert von 424.238,43 Euro, der dazugehörigen Sonderposten in Höhe von 34.418,10 Euro (vom Land) und 112.870,84 Euro (von der Sparkasse) und

b) die Übertragung der Überdachung auf dem Busbahnhof mit dem Buchwert 821.682,87 Euro und des dazugehörigen Sonderpostens in Höhe von 387.720,01 Euro in das Vermögen des Gebäudemanagements Landau.

Beide Übertragungen sollen in Form einer Einlage durch den Einrichtungsträger (Stadt Landau in der Pfalz) als zweckgebundene Rücklage in der Bilanz des GML abgewickelt werden.

Zu a)

Die Widmung des Service-Gebäudes und des Sonderpostens des Landes erfolgt rückwirkend zum 01. April 2015 und ab diesem Zeitpunkt ist das Gebäudemanagement für die Unterhaltung und Bewirtschaftung des o.g. Gebäudes zuständig. Die Widmung des Sonderpostens der Sparkasse erfolgt rückwirkend zum 01. Januar 2016.

Zu b)

Die Widmung der Überdachung und des Sonderpostens erfolgt zum 01. November 2017 und ab diesem Zeitpunkt ist das Gebäudemanagement für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der o.g. Überdachung zuständig.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Errichtung einer neuen Fachrichtung Biologie und Umwelttechnologie für die Fachoberschule an der Konrad-Adenauer Realschule plus

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 31. August 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Eisold erklärte, dass sich die Schule hervorragend entwickelt habe. Das vorgelegte Konzept sei durchgängig zu befürworten. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

für die Konrad-Adenauer-Realschule plus einen Antrag auf Errichtung einer neuen Fachrichtung Biologie und Umwelttechnologie für die Fachoberschule zum Schuljahr 2018/2019 zu stellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Aufhebung von Beschlüssen zur Fortschreibung „Windenergie“ des Flächennutzungsplans 2010 und 1984 vom 11.12.2012

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 4. September 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 11.12.2012 für die 2. sachliche Teilfortschreibung „Windenergie 2013“ des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz und des Flächennutzungsplanes 1984 der Stadt Landau in der Pfalz (Exklave Stadtwald) inklusive der Ergänzung dieses Beschlusses vom 26.05.2015.
2. für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zur Aufhebung der (1. sachlichen Teil-) Fortschreibung „Windenergie“ des Flächennutzungsplans 2010 und des Flächennutzungsplans 1984 der Stadt Landau in der Pfalz (Exklave Stadtwald).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung in Landau in der Pfalz; Lieferung, Montage und Demontage von Leuchtkörpern

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 9. Oktober 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch bat um Auskunft, wie hoch der Zuschuss und wie hoch der städtische Anteil sei. Weiter wolle er wissen, wie hoch die jährlichen Einsparungen seien.

Der Vorsitzende sicherte zu, diese Zahlen nachzuliefern.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Lieferung, Montage und Demontage von Leuchtkörpern im Rahmen der energetischen Sanierung der Straßenbeleuchtung in Landau in der Pfalz, ist der Firma Spie SAG GmbH, Landstuhl, zu den Preisen ihres Angebotes vom 01.08.2017, das mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 611.658,81 EUR abschließt, zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

Neubaumaßnahme Kita Süd, Kostenentwicklung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 12. September 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Klein erklärte, dass die FWG-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Sie wolle aber auf das schwierige Thema Schulkindbetreuung hinweisen. Es stelle sich auch die Frage, ob diese Erhöhung bei den Kita-Plätzen am Ende auch mit den Grundschulen dann funktioniere.

Der Vorsitzende betonte, dass es bereits Planungen für den Ausbau der Hortbetreuung gegeben habe. Diese habe man aber zurückstellen müssen, um den Rechtsanspruch im Kita-Bereich sicherzustellen. Auf der Bundesebene gebe es aktuell Überlegungen, einen Rechtsanspruch auf Hortbetreuung zumindest in den Grundschulen zu schaffen. Insgesamt sei man dabei, im Moment auch bei den Schulen nachzusteuern.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Kostenberechnung bei der Neubaumaßnahme der Kindertagesstätte Süd in der Otto-Kießling-Straße 1 mit insgesamt 1.900.000,-- EURO zur Kenntnis zu nehmen. Die zusätzlich benötigten Finanzmittel werden im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2018 bereitgestellt, so dass mit dieser Maßnahme umgehend begonnen werden kann.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

Beteiligung EWL an einer kommunalen Klärschlamm AöR

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 5. Oktober 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

vorbehaltlich der Beschlussfassung des Verwaltungsrates der Beteiligung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau AöR an der „Kommunale Klärschlammverwertung RLP AöR (KKR)“ zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Eisold bat um Auskunft, ob es Überlegungen gebe, dass sich die Stadt an dem Programm "Kostenfreies W-LAN" des Landes beteilige.

Der Vorsitzende betonte, dass es mehrere Initiativen der Stadt hierzu gebe und auch schon einiges geschehen sei.



Die Niederschrift über die 31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 17.10.2017 umfasst 34 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 309.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter